



über die 1. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 30. Januar 2001
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Jacobsmeier
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann
Herr Hinterseer
Herr Kaczmarek
Herr Maidorn
Herr Theis
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied F.D.P.

Herr Büchel

Beratende Mitglieder

Frau Diester
Herr Kalle
Herr Kampmann
Herr Suk
Herr Treese

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Güldenhaupt
Herr Richard
Herr Woitas

Gäste

Herr Müller

entschuldigt fehlten

Herr Brumberg

Frau Bucek

Herr Krampe

Frau Lübke

Herr Sudkamp

Frau Dr. Winzer-Milo

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Frau **Dyduch** die Gäste sowie die Referenten zum Tagesordnungspunkt 1, Herrn Müller von der Kriminalpolizei und Herrn Richard von der Jugendgerichtshilfe des Jugendamtes. Danach stellte Frau Dyduch den ordnungsgemäßen Zugang der Einladungen fest. Änderungen zur vorgeschlagenen Tagesordnung ergaben sich nicht, so dass nach folgender Tagesordnung verfahren wurde:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Kinder- und Jugenddelinquenz in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion Bericht der Polizei und Jugendgerichtshilfe	
2.	Haushalt des Jugendamtes für das Jahr 2001	
3.	Derzeitige Angebote der kommunalen Offenen Kinder- und Jugendarbeit	5/2001
4.	Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Kamen-Mitte hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 09.11.2000	7/2001
5.	Anmietung von Räumlichkeiten für die Fortführung des Jugendkulturcafés	8/2001
6.	Erweiterung des Angebotes "Café Wunderbar" im Bürgerhaus Methler hier: Antrag der SPD-Fraktion	
7.	Umgestaltung der Spielfläche Westicker Str./Germaniastr. (Rodelberg/Wasserspielplatz) hier: Antrag der SPD-Fraktion	
8.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Kinder- und Jugenddelinquenz in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Bericht der Polizei und Jugendgerichtshilfe

Herr **Müller** von der Kriminalpolizei Kamen berichtete zunächst, dass rd. 50 % aller Tatverdächtigen in Kamen unter 21 Jahren seien. Insgesamt entfielen auf die einzelnen Deliktgruppen bei 78 Gewaltdelikten 36 auf Personen unter 21 Jahren, bei 92 Rauschgiftdelikten 51 auf Personen unter 21 Jahren, bei 27 Körperverletzungsdelikten 16 auf Personen unter 21 Jahren sowie bei 197 Diebstählen 102 auf Personen unter 21 Jahren.

Herr **Richard** gab anhand der als Anlage beigefügten Folien einen Überblick über die Situation bei der Jugendgerichtshilfe. Die hierbei vorgestellten Daten bestätigen die Ausführungen der Kriminalpolizei. In der folgenden Diskussion erläuterten auf Anfrage der Jugendhilfeausschussmitglieder die beiden Vortragenden, dass insbesondere bei Mehrfachtätern eine Zunahme festzustellen sei, die insbesondere seit dem Jahr 1998/99 ein dramatisches Ausmaß angenommen habe.

Herr Richard erläuterte, dass die von Herrn Müller vorgestellten Zahlen nicht automatisch mit den Fällen gleichzusetzen sind, mit denen es die Jugendgerichtshilfe zu tun hat, da die Staatsanwaltschaft Verfahren einstelle bzw. zusammenfasse.

Herr **Müller** betonte, dass die Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen zunehme. Diese Tendenz werde auch dadurch unterstrichen, dass immer mehr Taten unter Zuhilfenahme von Waffen ausgeführt würden. Herr Müller machte deutlich, dass er keine Ursachen für die Zunahme der Gewaltbereitschaft benennen könne, da der Kripo letztlich im Rahmen der Vernehmung nur Einzelbilder bekannt würden.

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt wurde Frau **Krüger** durch Frau **Dyduch** verpflichtet, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Zu TOP 2.

Haushalt des Jugendamtes für das Jahr 2001

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes schlug Frau **Dyduch** vor, zunächst den Verwaltungs-, dann den Vermögenshaushalt und zum Schluss den Gesamthaushalt zu beraten und abzustimmen.

Zu Beginn erläuterte Herr **Güldenhaupt** die wesentlichen Veränderungen im Haushalt des Jugendamtes. Er wies insbesondere darauf hin, dass die Aufwendungen für die Kinder- und Jugendferienaktionen sowie die Kinder- und Jugendkulturtage zu einem in der Summe geringeren Haushaltsansatz zusammengefasst wurden. Bei einigen anderen Ansätzen, insbesondere den Zuschüssen für Wandern und Zelten sowie beim Ferienhilfswerk, sei eine Anpassung an die Rechnungsergebnisse der Vorjahre erfolgt.

Der Ansatz für die Hilfen zur Erziehung sei gegenüber dem Vorjahr kaum verändert worden. Bei der Haushaltsstelle 460.53000 - Anmietung von Räumen für das Jugendkulturcafé - verwies Herr Güldenhaupt auf die Vorlage zu dieser Sitzung mit dem Hinweis darauf, dass die bisher im Haushaltsplan veranschlagten Mittel anzupassen seien.

Auf Nachfrage des Herrn **Maidorn** bezüglich der Anpassungen bei den Zuschüssen für Wandern und Zelten des Ferienhilfswerkes teilte Herr **Brüggemann** mit, dass im Falle eines noch nicht voraussehbaren Mehrbedarfes überplanmäßige Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

Zu der Haushaltsstelle 451.376000 - Freizeiten - Inland/Ausland - verlas Frau **Lungenhausen** einen Sachantrag der SPD-Fraktion, in dem die SPD-Fraktion beantragt, im Haushalt für das 2001 erneut Haushaltsmittel in Höhe von 30.000,00 DM in der Ausgabe und 15.000,00 DM in der Einnahme zur Durchführung einer städt. Freizeit, möglichst in der schwedischen Partnerstadt Ängelholm, bereitzustellen.

Zur Begründung verwies Frau Lungenhausen darauf, dass die SPD-Fraktion sehr wohl den vorgeschlagenen Weg der Verwaltung, die Durchführung einer Jugendfreizeit in Ängelholm in Zusammenarbeit mit einem kommerziellen Anbieter zu organisieren, stützt, doch ihrer Ansicht nach sichergestellt werden soll, dass für den Fall, dass eine Zusammenarbeit mit einem kommerziellen Anbieter nicht zustande kommen sollte, entsprechende Haushaltsmittel zur Durchführung einer Freizeit in Schweden zur Verfügung stehen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass zurzeit lediglich in Schweden Unterkunftsmöglichkeiten seitens der Stadt Kamen reserviert worden seien. Die weitere Organisation, die von einem kommerziellen Anbieter durchgeführt werden soll, sei noch nicht gesichert.

Frau **Dyduch** verwies in diesem Zusammenhang auf einen Ratsbeschluss hin, welcher im Rahmen der letztjährigen Haushaltsplanberatungen gefasst worden sei. Hierin sei neben der Durchführung einer städt. Freizeit das Sponsoring einzelner Plätze bei freien Trägern beschlossen worden.

Herr **Brüggemann** erklärte hierzu, dass Bezug nehmend auf die dem Haushaltsplanentwurf beigefügten Erläuterungen ein Zuschuss in Höhe von 200,00 DM vorgesehen sei, um den zusätzlichen Betreuungsaufwand der freien Träger abzudecken. Derzeit sei man dabei Platzkapazitäten bei freien Trägern aufzuschließen.

Frau **Scharrenbach** erklärte mit Blick auf die geplante Organisation der Ferienfreizeit durch Externe, dass sie das Vorgehen der Verwaltung und auch der SPD-Fraktion verstehen, aber nicht unterstützen könne und daher eine gesamte Vergabe der Freizeiten an freie Träger vorschlägt.

Sodann wurde über den Sachantrag der SPD-Fraktion abgestimmt. Dieser wurde bei 3 Gegenstimmen angenommen.

Herr **Maidorn** erklärte als Vertreter eines freien Trägers, dass der eingeschlagene Weg bei freien Trägern einzelne Plätze einzukaufen aus seiner Sicht der richtige sei, um einer Gettoisierung von Jugendlichen aus Problembereichen entgegenzuwirken. Seiner Kenntnis nach würde allerdings ein Zuschuss in Höhe von 200,00 DM nicht zur Deckung der Personalkosten ausreichen, er empfehle einen Zuschuss von pro Platz 250,00 DM.

Darauf hin wurde folgender Beschluss gefasst:

Das Jugendamt der Stadt Kamen zahlt an freie Träger, für den Fall, dass diese Klienten des Jugendamtes auf Vorschlag des Jugendamtes zu Ferienfreizeiten mitnehmen, eine Betreuungspauschale von 250,00 DM.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Am Ende der Beratung des Verwaltungshaushaltes erklärte Herr **Brüggemann**, dass der Verwaltungshaushalt des Jugendamtes unter Berücksichtigung der tatsächlich im Jahr 2000 geleisteten Zahlungen aufgestockt wurde. Unter anderem führte er z.B. die Ausgaben für die Anmietung von Räumlichkeiten für das Jugendkulturcafé oder auch die Ausweitung des Ausgabeansatzes bei den Honorarkräften an.

Sodann wurde folgender Beschluss gefasst:

Dem seitens der Verwaltung vorgelegten Verwaltungshaushaltsentwurf wird unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Bezüglich des Vermögenshaushaltes ergaben sich keine Nachfragen. Diesem wurde einstimmig zugestimmt.

Sodann wurde über den Haushaltsplanentwurf für das Jugendamt abgestimmt. Diesem wurde bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Zu TOP 3.

5/2001

Derzeitige Angebote der kommunalen Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Herr **Brüggemann** schlug vor, die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5, zu denen eine Mitteilungsvorlage sowie Beschlussvorlagen zu den TOP 4 und 5 vorliegen, gemeinsam zu behandeln. Diesem Antrag wurde seitens des Ausschusses zugestimmt.

Sodann erläuterte Herr Brüggemann das Konzept der Verwaltung für die Offene Jugendarbeit und erklärte, dass hierin die bereits seitens des Jugendhilfeausschusses und des Rates gefassten Beschlüsse eingeflossen seien. Als Hauptmerkmale des auf einen Konsens gerichteten Konzeptes nannte Herr Brüggemann

1. die kurzfristige Weiterführung des Jugendkulturcafés,
2. die Abstimmung der Öffnungszeiten mit den Jugendlichen,
3. die Beteiligung der Jugendlichen bei der Gestaltung der Räumlichkeiten,
4. die gewünschte Teilöffnung des Jugendfreizeitentrums auf der Lünser Höhe für die Vereinsarbeit,
5. die Zusammenführung der Angebote der örtlichen Jugendhilfe mit Angeboten freier Träger, Streetworking und Sozialmanagement,
6. eine Reflektion über das Konzept im Herbst dieses Jahres,
7. die regelmäßige Fortschreibung durch die laufende Aufgabenkritik, Sozialraumanalysen und Jugendkonferenzen.

Seiner Ansicht nach handelt es sich hierbei um ein Konsenspapier, welches sämtliche Anforderungen der Politik enthalte. Unter diesem Gesichtspunkt habe er auch das Schreiben der CDU-Fraktion zur allgemeinen Diskussion an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses weitergeleitet.

Herr **Büchel** erklärte, dass er sich wünsche, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Gesamtheit in einem größeren Rahmen Jugendliche an der Diskussion beteilige, um langfristige Maßnahmen anzustoßen, die auch nachhaltig den Wünschen von Jugendlichen entsprächen.

Herr **Brüggemann** wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass den Kontakt zu den Jugendlichen jedes Mitglied des Ausschusses pflegen kann, so wie es die Verwaltung zu tun pflegte und auch für die Zukunft plane. Die Verwaltung befände sich in einem ständigen Dialog durch die Mitarbeiter in den Jugendeinrichtungen, aber auch durch Gespräche, die er selber, der Fachbereichsleiter und auch der Bürgermeister führe bzw. geführt haben. Nicht zuletzt seien die jugendpolitischen Konferenzen ein weiteres sehr wichtiges Instrument hierzu.

Frau **Dyduch** schlug in diesem Zusammenhang vor, eine der nächsten Sitzungen im neuen Jugendkulturcafé durchzuführen.

Frau **Scharrenbach** erklärte für die CDU-Fraktion, dass sie das Verhalten der Verwaltung bezüglich der Verlagerung des Jugendkulturcafés missbillige. Ihrer Ansicht nach würde die Verwaltung nicht alle Ratsparteien gleich behandeln, sondern einigen Informationen vorenthalten.

Diesen Vorwurf wies Herr **Brüggemann** als unbegründet zurück.

Herr **Brinkmann** erklärte, dass es nach Ansicht der GRÜNEN nicht möglich sei, das neue Konzept mit dem bisherigen Personal fortzuführen. Grundsätzlich begrüße man zwar die durch die Nutzung des Postgebäudes beibehaltene Nähe zur Innenstadt und Anbindung an den Postpark, jedoch könne man z.B. den kürzeren Öffnungszeiten des Jugendfreizeitzentrums nicht zustimmen.

Frau **Lungenhausen** bedankte sich im Namen der SPD-Fraktion für die schnelle Arbeit der Verwaltung, die insbesondere durch den kurzfristigen Umzug in das ehemalige Postgebäude insgesamt sehr positiv zu bewerten sei.

Herr **Rickwärtz-Naujokat** bat um Mitteilung, ob im Jugendfreizeitzentrum weiterhin die Möglichkeit bestünde, z.B. die bekannten VoFi-Feten für Abiturienten durchzuführen.

Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass diese sowie weitere traditionell am Freitagabend und Wochenende stattfindende Veranstaltungen im Jugendfreizeitzentrum beibehalten werden sollen.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, ob im Rahmen des Umzuges weitere Investitionen, insbesondere in das Mobilar des Jugendkulturcafés, notwendig seien, da die Räumlichkeiten um rd. 100 qm größer seien.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass zunächst mit dem bisherigen Mobilar im Jugendkulturcafé weitergemacht werden solle. Seien darüber hinaus Neuanschaffungen notwendig, würden diese im Rahmen des Haushaltes 2002 vorgetragen.

Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass es beabsichtigt sei, im März die Räumlichkeiten durch den Baubetriebshof der Stadt herrichten zu lassen, so dass das Jugendkulturcafé im April wieder eröffnet werden könne.

Herr **Weigel** wies auf die geplante Verkehrsführung hin, die zukünftig vorsehe, dass der bisher über die Bahnhofstraße geführte Verkehr die Poststraße nutze, so dass er durch die große verkehrliche Belastung der Poststraße die angesprochenen Synergieeffekte zum Postpark als nicht so groß bewerte.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass bei der Planung die Verkehrsführung berücksichtigt wurde, dass die Nutzer des Jugendkulturcafés in einem Alter seien, in dem sie wüssten, wie sie auch mit diesen Verkehren umzugehen haben.

Zu TOP 4.

7/2001

Entwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Kamen-Mitte
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 09.11.2000

Diskussionsbeitrag siehe TOP A 3.

Im Hinblick auf die Bedenken der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten schlug Frau **Dyduch** vor, über Ziff. 1 Satz 1 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgelegten und mit Jugendlichen und Mitarbeiter/Innen besprochenen Änderungen der Öffnungszeiten im Jugendfreizeitzentrum Kamen-Mitte und im Jugendkulturcafé mit dem Zeitpunkt der Nutzung eines neuen Raumangebotes für das Jugendkulturcafé zu.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligungen und Vorbereitungen so zu koordinieren, dass die Eröffnung möglichst mit Beginn des Monats April 2001 erfolgen kann.
2. Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung für den Bereich der "Lüner Höhe" ein Streetworking/mobile Jugendarbeit und im Jugendfreizeitzentrum ein Sozialmanagement durch das vorhandene Personal organisieren wird.
3. Die erforderlichen Mittel für die Vorbereitung der Nutzung freier Raum- und Zeitkapazitäten im Jugendfreizeitzentrum durch Vereine und Verbände sind nach vertiefender Bedarfsanalyse im laufenden Jahr zu ermitteln und ggf. zur Beratung mit dem nächsten Haushalt vorzutragen.

4. Die Angebote und Inhalte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind wie bisher aus den Ergebnissen der Planungstage zu entwickeln und darüber hinaus nach Abschluss der Sozialraumanalysen unter Berücksichtigung von möglichen Ergebnissen der jugendpolitischen Konferenzen neu zu bewerten und ggf. anzupassen.

Abstimmungsergebnis zu Ziff. 1 Satz 1: bei 1 Gegenstimme mit Mehrheit angenommen

Abstimmungsergebnis zu Ziff. 1 Satz 2 und Ziff. 2 – 4: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

8/2001

Anmietung von Räumlichkeiten für die Fortführung des Jugendkulturcafés

Diskussionsbeitrag siehe TOP A 3.

Beschlussempfehlung:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Anmietung von 245 qm Fläche des alten Postgebäudes zur Fortführung des Jugendkulturcafés zu.

Dem Rat wird empfohlen, Haushaltsmittel zur Zahlung der Mietkosten in Höhe von 35.000,00 DM für den Haushalt des Jahres 2001 vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Erweiterung des Angebotes "Café Wunderbar" im Bürgerhaus Methler
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Bartosch** erläuterte für die Antragstellerin, dass in Methler die Jusos in der vergangenen Zeit besonders informelle Treffs aufgesucht haben. Daher habe man seitens der Juso AG Methler eine Jugendkonferenz im Oktober des vergangenen Jahres durchgeführt. Die in diesem Antrag sowie in dem Antrag zum TOP 7 gemachten Wünsche seien Ergebnisse dieser Jugendkonferenz.

Sodann wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine zeitliche Erweiterung des Angebotes im "Cafe Wunderbar" zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Umgestaltung der Spielfläche Westicker Str./Germaniastr.
(Rodelberg/Wasserspielplatz)
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Bartosch** wies darauf hin, dass sich dieser Antrag nahtlos an den Antrag zu TOP 6 anschließe. Insbesondere die in den Abendstunden gewünschte Beleuchtung eines Jugendtreffs, der einhergehe mit mehr Sicherheit durch Helligkeit, sei einer der Hauptwünsche der Jugendlichen gewesen.

Herr **Maidorn** ergänzte, dass die Verwaltung prüfen möge, ob Unterstellmöglichkeiten, z.B. in Form eines Pavillons, geschaffen werden können.

Es wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge für die Umgestaltung des Geländes am Rodelberg zu erarbeiten und in der nächsten Sitzung der Spielplatzkommission vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

- 8.1.1 Herr **Güldenhaupt** wies darauf hin, dass am 13. Dezember des vergangenen Jahres eine Trägerkonferenz mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen stattgefunden habe.
- 8.1.2 Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass für die Jugendleitercard eine kreiseinheitliche Empfehlung beschlossen worden sei. Die hierin geforderten Standards seien allerdings nach Ansicht des Stadtjugendringes für kleine Träger kaum einzuhalten. Bezüglich der Vergünstigungen würden derzeit noch mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen geführt.
- 8.1.3 Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass auch im Jahr 2001 gemeinsam mit der Werkstatt Unna und der Arbeitsverwaltung neue Maßnahmen zur Verbesserung von Kinderspielflächen durchgeführt würden. Diese werden im Rahmen der Sitzung der Spielplatzkommission im März vorgestellt.
- 8.1.4 Die Erziehungsberatungsstelle ist von ihren bisherigen Räumlichkeiten an der Diesterwegschule, die sie für Gesprächstermine mit Kamener Bürgerinnen und Bürger und deren Kindern nutzte, in die alte Villa neben der Stadthalle umgezogen. Dort wird sie ab Anfang März ihre Arbeit aufnehmen.

- 8.1.5 Herr **Güldenhaupt** wies auf 2 Fachtagungen des Landesjugendamtes für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses am 06. und 17.03.2001 hin. Interessenten bat er, sich nach der Sitzung bei ihm zu melden.
- 8.1.6 Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass es noch nicht klar sei, ob im Jahr 2001 KITE stattfinden könne, da die Finanzierung noch nicht gesichert sei. Eine Entscheidung hierzu werde in den nächsten 14 Tagen fallen.

8.2 Anfragen

- 8.2.1 Frau **Bartosch** bat die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich sei, ob die GSWcom Vergünstigungen im Rahmen der Jugendleitercard gewähren würde.

Frau Bartosch wies mit Hinweis auf einen Zeitungsartikel vom 22.01. dieses Jahres auf die Arbeit des Hauses Dellwig in Kamen hin, welche eine sehr wichtige Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen in der Vergangenheit unauffällig erledige. Aus dem Artikel sei ersichtlich, dass die Finanzierung des Hauses Dellwig gefährdet sei.

Herr **Güldenhaupt** erklärte, dass der Stadt Kamen selbst als Vereinsmitglied des Hauses Dellwig die Situation bekannt sei. In der Regel seien dort 18- bis 21-Jährige untergebracht. Das Jugendamt Kamen sowie die meisten umliegenden Jugendämter auch haben dort keine Jugendlichen. In der Regel handelt es sich hierbei um Maßnahmen in Trägerschaft des Landschaftsverbandes.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
entfällt

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer